

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

**Erscheint**  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 M., durch die Post  
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

**Inserate**  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Inserationspreis  
10 Pf. pro dreispaltige  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 49.

Dienstag, den 19. Juni

1894.

### Bekanntmachung, Bierdruckapparate betreffend.

Die königliche Amtshauptmannschaft findet sich veranlaßt, zu strenger Nachachtung beziehentlich Aufsichtsführung die beteiligten Schankwirthe und beziehentlich die Ortspolizeibehörden auf die in § 4 des unter demselben Tage bekannt gemachten Regulatives vom 27. Januar 1882 enthaltene und nach § 6 unter Strafe gestellte Anordnung hinzuweisen, wonach neue Bierdruckapparate nicht eher in Gebrauch genommen werden dürfen, als bis sie von dem Revisor besichtigt worden sind, und auf Grund dieser Besichtigung von dem Revisor dem Apparat-inhaber bescheinigt worden ist, daß Construction und Ausstellung des Apparates den bestehenden Vorschriften entsprechen.

Meissen, am 11. Juni 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

## Generalversammlung des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.

Zu der am

Sonnabend, den 30. Juni ds. Js., Nachmittags 4 Uhr,

im Saale des Hotels zum weißen Adler hier abzuhaltenden Generalversammlung des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff werden die Herren Ausschussmitglieder ergebenst eingeladen.

### Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über Abnahme der 1893er Rechnungen;
2. Vergleich über nothwendige bauliche Veränderungen im Bezirkstrankenhause;
3. Allgemeine Vereinsangelegenheiten.

Wilsdruff, am 15. Juni 1894.

Der Vorstand des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.  
Ficker, Bürgermeister.

### Tagesgeschichte.

Berlin. Der Kaiser hat die Verstärkung der Schutztruppe in Südwestafrika in Potsdam besichtigt. Der Kaiser begrüßte die Truppe mit einem „Guten Tag, Soldaten“, worauf es kräftig: „Guten Tag, Eure Majestät“ zurückklang. Dann besichtigte er die feltmarschmäßige Ausrüstung der Unteroffiziere, welche die verschiedenen Uniformen der Truppe trugen. Hiervon schritt der Kaiser die Front der Kompagnie ab, sprach mit mehreren der Leute und nahm den Paradeanmarsch ab. Alsdann hielt er folgende Anrede an die Mannschaften: „Soldaten! Ich habe Euch hierher rufen lassen, um Euch vor Eurer Abreise nach dem fernen Afrika noch einmal zu begrüßen und Euch Lebenswohl zu sagen. Ihr geht schweren Kämpfen entgegen; Ich hoffe aber, daß Ich Mich auf Euch verlassen und mit Euren Handlungen zufrieden sein kann. Wenn Ihr mit den Schwarzen drüben zusammenkommt, so vergesst nicht, daß diese ebenjogut Menschen sind wie Ihr und daß sie ebensoviele Ehrgefühl besitzen wie Ihr. Lasset Euch daher keine Ausschreitungen zu Schulden kommen!“ Der Führer der Truppe antwortete mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser und das Deutsche Reich. Alsdann verabschiedete sich der Monarch von den Offizieren mit dem Wunsche, daß es ihnen auch drüben gut gehen möge. Der Kaiser fügte hinzu, die Mannschaften drüben bezogen im Allgemeinen den Glauben, sie seien keine deutschen Soldaten mehr. Wenn die Leute also sich einmal vergäßen, so bitte er die Offiziere, dies doch nicht gleich zu streng zu ahnden. Mit erhobener Stimme trug der Kaiser dann auch noch herzliche Grüße für den Führer und Kommandanten in Südwestafrika auf.

Das Reichsschatzamt hat eine Restaurierung des Julius-thurmes angeordnet, der in der Cytabelle der Festung Spandau stehend, bekanntlich den deutschen Kriegsschatz im Betrage von 120 Mill. Mark birgt. Das äußere Mauerwerk des Thurmes ist stark verwittert; die vom Zahn der Zeit morsch gewordenen Steine werden herausgestemmt und durch neue ersetzt. Betreffs der Ausführung dieser Arbeit ist ausdrücklich bestimmt worden, daß kein feststehendes Gerüst um den Thurm herum aufgestellt werden darf; die Maurer müssen von Leitern aus arbeiten. Das Gerüst ist jedenfalls aus dem Grunde vermieden worden, damit nicht mit Hilfe desselben Jemand durch die Luten in das Innere eindringen kann. Die Umfassungsmauer selbst ist 2 1/2 Meter dick; der Schatz aber lagert noch in einem besonders gemauerten Abtheil des Thurmes.

Das leidige Thema der Finanz- und Steuerreform im Reich ist aus der Besetzung, in welcher es nach Schluß der vorigen Session des Reichstages verschwunden zu sein schien, plötzlich wieder aufgetaucht. Zunächst sind verschiedene Angaben über die Absichten der Reichsregierung auf diesem Gebiete im Umlauf, auf der einen Seite wird versichert, speziell der Plan einer Reform der Reichsfinanzen sei bis auf Weiteres als abgethan zu betrachten, auf der anderen Seite aber behauptet man, die Reichsregierung gedenke dieses vorläufig gescheiterte Projekt dem Parlament in seiner kommenden Session auf alle Fälle wieder vorzulegen. Es wird sich ja noch zeigen, welche von beiden Versionen Recht behält, vorläufig herrscht in dessen nirgends besondere Neigung, sich für die weiteren finanzpolitischen Pläne der verbündeten Regierungen zu begeistern. Zu Zusammenhang mit diesen Plänen sollen Erörterungen

stehen, die man in maßgebenden Kreisen über die Schaffung eines Reichsfinanzministeriums angeblich pflegt, indessen dürfte es mit der Verwirklichung des letzteren Gedankens noch gute Wege haben. Als einen sommerlichen Scherz kann man wohl das Dietrich-Dobersche Projekt eines Branntwein-Monopols betrachten, wonach das Reich den Brennern den Branntwein zu einem bestimmten Preis abzukaufen hätte, wofür es dann den Branntwein zu einem beliebigen Preise wiederverkaufen könnte — wäre ein nettes Plänchen!

Angeichts des gegen die Berliner Brauereien gerichteten Boykotts weist die „Norddeutsche“ darauf hin, daß die Regierung seinerzeit eine solche Entwicklung der Dinge als wahrscheinlich vorausgesehen habe, daß der Reichstag aber versagt habe, die Rechtsgrundlage zu schaffen, vermittelt deren es leicht gewesen wäre, derartige Ausschreitungen zu verhüten. Die von der Regierung damals beantragte Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung wurde vom Reichstag mit 148 gegen 72 Stimmen abgelehnt. Mit Nein stimmten u. A. zwei Direktoren der jetzt boykottirten Brauereien, nämlich die Abgeordneten Röske und Goldschmidt.

Mit dem 15. Juni begann die Saalsperre für sozialdemokratische Versammlungen in Berlin und Umgegend, Brauereibürger, die davon abwichen, zahlen 5000 M., Gastwirthe 500 M. Geldstrafe.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Der Deutsche Gastwirthstog in Hannover hat folgende Resolution beschlossen: Der 21. Deutsche Gastwirthstog auf dem 270 Vereine vertreten sind, erklärt sich voll und ganz einverstanden mit den Maßnahmen der Berliner Brauereien und Gastwirthe gegen jeden Boykott, sowie besonders gegen den ohne jeden Grund von den Sozialdemokraten hervorgerufenen Boykott und richtet an alle wohlgesinnten deutschen Bürger die Bitte, mit aller Kraft dem Vorgehen der Sozialdemokratie entgegenzutreten.

Dem „Reichs-Anzeiger“ zufolge richtete der preussische Landwirtschaftsminister an sämtliche landwirtschaftliche Central- und Provinzialvereine einen Erlaß, daß vom Standpunkte des Grundbesitzes der landwirtschaftliche Credit vor dem durch die Sparkassen vermittelten unabweisbar den Vorzug verdiene. Die bedeutende Inanspruchnahme der Sparkassen, ihr Realcredit beweise aber, daß das Bedürfnis in den bestehenden Grundcredit-Instituten nur theilweise Befriedigung finde. Es werde sich darum handeln, daß die in den Sparkassen thätigen Landwirthe die Aufnahmen von Bestimmungen, betr. die Umwandlung der Sparkassenhypotheken in Amortisations-Hypotheken, in den Statuten betreiben, damit von der gewährten Möglichkeit der Aufnahme von Amortisationsdarlehen seitens der Landbevölkerung möglichst Gebrauch gemacht würde. Die Vereinsvorstände sollen binnen Jahresfrist über die Thätigkeit auf diesem Gebiete berichten.

Im sozialdemokratischen Parteiorgan Nr. 135 findet sich folgende Bemerkung: „Die Arbeiterklasse wird aus eigener Kraft an Stelle der heutigen Wirtschaftsordnung eine gemeinschaftliche setzen, in der Ausbeutung und Elend unmöglich sein wird.“ Fragt man die Führer der Sozialdemokratie, wie sie eine solche Wirkung herbeiführen wollen, so schweigen oder schimpfen sie, weil sie es selbst nicht wissen und weil sie von dem Humbug der Zukunftsstaatsphantasien selber überzeugt sind. Wenn sie gleichwohl mit solchen Versprechungen

immer weiter operiren, trotzdem sie wissen, daß sie dieselben niemals einzulösen imstande sein werden, so ist das nichts weiter als ganz gewöhnlicher Schwindel.

Immer dringender wird eine neue Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, zumal, wenn, wie es jetzt den Anschein hat, jetzt auch noch eine Bedrohung unseres Zuckereports wegen angeblicher Ausfuhrprämien bevorsteht, aber auch sonst ist eine Neuordnung unserer zoll- und handelspolitischen Beziehungen zu diesem Lande eine unaufschiebbare Nothwendigkeit. Die Vereinigten Staaten stehen mit Deutschland auf Grund eines etwas zweifelhaften Rechtsbodens (die Zustimmung des Reichstages ist niemals nachgeholt worden) in einem Meistbegünstigungsverhältnis, das auf alle Fälle jeden Augenblick gefährdet werden kann. Dieses Verhältnis gereicht in jeder Beziehung zum Vortheil von Amerika. In jedem Jahre verschärft dieses Land sein Zollsystem, das ohnehin schon einen prohibitivcharakter hat, zur völligen Absperrung. Die deutsche Einfuhr geht jedes Jahr zurück, dafür überschwenmt uns dieser Staat immer mehr mit landwirtschaftlichen Produkten von zum Theil sehr zweifelhaftem Werth. Ähnlich hat sich Bruder Jonathan mit andern europäischen Ländern zu stellen verstanden; er ist der Schmarotzer auf Kosten ganz Europas, der nichts bietet, sondern nur einstreicht. Selbst so berechtigte Beschwerden, wie sie noch in der jüngsten Reichstagsession zur Sprache kamen, die Klagen über die durch die amerikanische Gesetzgebung hervorgerufene betrügerische Ausbeutung der literarischen und künstlerischen Erzeugnisse Deutschlands, stießen auf kalte Abweisung. Hoffentlich läßt die Reichsregierung jetzt einmal diese Verhältnisse ins Auge und bringt auf einen neuen Handelsvertrag, bei dem die deutschen Interessen besser gewahrt sind, als es gegenwärtig der Fall ist.

In verschiedenen Blättern wird mit einer gewissen Befriedigung davon gesprochen, daß Aussicht auf eine Versumpfung des Berliner Brauereiboykotts vorhanden sei. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß die Sozialdemokraten, die heute schon wissen, daß die mit großem Geschrei unternommene Kraftprobe gegen die „Brauereiproben“ zu ihren ungunsten ausfallen werde, auf eine Versumpfung des Boykotts hinarbeiten. Wir meinen aber, daß nur eine eklatante Niederlage der Sozialdemokratie ähnliche Unternehmungen hinauszubalten und gleichzeitig der Umsturzpropaganda einen schweren Schlag zu versetzen vermag. Der Verlauf des Boykotts hat die Schwäche der sozialdemokratischen Parteileitung offenbart; es gilt also, diese Schwäche benutzen, nicht sie zu schonen. Die sozialdemokratische Kraftprobe muß mit aller Energie niedergeschlagen werden. Es handelt sich nicht um die Brauereien und um deren materielle Interessen, sondern um endgiltige Zerstörung des von der sozialdemokratischen Führerschaft verbreiteten Wahns, als besäße die „organisirte“ Arbeiterschaft eine unübersehbare Macht. Ueberläßt also die Industrie den immer zu Konzessionen geneigten Brauereien den Austrag des Boykotts, unterstützt sie die Boykottirten lediglich durch ihre „Sympathie“ oder gütigenfalls durch Geldmittel, so wird nur die „Versumpfung“, also ein „Remis“ herbeigeführt, wo eine eklatante Niederlage zu erzwingen möglich wäre. Die Sozialdemokratie, die angebliche Vertreterin der gesamten Arbeiterschaft, hat die unverkämpften Forderungen der Brauereiangestellten zu den ihrigen gemacht. Diesem Vor-